



Konzept zur Seiteneinsteiger-Erstberatung im Kreis Steinfurt

an Grund- und weiterführenden
Schulen sowie Berufskollegs

Akronyme

- SEb** Seiteneinsteiger-Erstberatung
KI Kommunales Integrationszentrum (hier: des Kreises Steinfurt)
SuS Schülerinnen und Schüler

Inhalt

Einleitung.....	5
1 Begriffsdefinition „Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger“	6
2 Grundlagen und Verfahrensabläufe der zuständigen Akteure.....	7
2.1 Schulträger	7
2.2 Schulleitungen	8
2.3 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	8
2.4 Bezirksregierung Dezernat 47, Schulamt für den Kreis Steinfurt.....	8
2.5 Schulzuweisung	8
2.6 Aufnahme in den Schulen	8
3 Rahmenbedingungen und Ablauf der Seiteneinsteiger Erstberatung (SEb)	10
3.1 Kontaktaufnahme Kommune – Kommunales Integrationszentrum des Kreises Steinfurt.	10
3.2 Teilnehmer/innen der Seiteneinsteiger Erstberatung	10
3.3 Inhalte der Seiteneinsteiger-Erstberatung.....	11
3.4 Kontakt Kommunales Integrationszentrum des Kreises Steinfurt – Schule	11
3.5. Datenerfassung und Datenweitergabe.....	12
4 Zusammenfassung und Ausblick.....	14
5 Literaturverzeichnis	15
6 Quellenverzeichnis	15

Einleitung

Die hohen Zahlen neu zugewanderter Kinder, Jugendlicher und deren Eltern sowie junger Erwachsener im Kreis Steinfurt stellen die Kommunen vor die Herausforderung, die Neuzugewanderten wirksam in ihrem Integrationsprozess zu unterstützen und sich die Frage zu stellen, wie Integration nachhaltig gelingen kann.

(Schulische) Bildung gilt dabei als Schlüssel, wenn es um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den Zugang zum Arbeitsmarkt geht.

Kinder in Deutschland, die bis zum Beginn des 30. Septembers eines Jahres das 6. Lebensjahr vollendet haben, sind in Deutschland schulpflichtig und müssen dementsprechend bis zum 1. August desselben Kalenderjahres einer geeigneten Schule zugewiesen werden.

„Nach §1 Schulgesetz hat jeder junge Mensch ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung. Alle zugewanderten Kinder haben daher grundsätzlich ein Recht auf Bildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.“¹

Um den neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen den Übergang in das deutsche Schulsystem zu erleichtern und alle beteiligten Akteurinnen und Akteure bei deren schulischer Integration zu unterstützen, hat laut „Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern der Bezirksregierung Münster“ der Schulträger die Verantwortung, die „vor Ort am Prozess Beteiligten in eine geeignete Organisations- und Kooperationsstruktur einzubinden und eine Seiteneinsteigerberatung zu organisieren bzw. selbst einzurichten.“²

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) des Kreises Steinfurt möchte die Schulen und Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen und bietet deshalb eine Seiteneinsteiger-Erstberatung (SEb) im gesamten Kreisgebiet an. Es handelt sich hierbei um ein freiwilliges Angebot.

1 Begriffsdefinition „Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger“

Als Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger gelten neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler (SuS).

„Die rechtliche Grundlage bildet der Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung zum Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler vom 15.10.2018, aus dem im Folgenden Auszüge dargestellt werden:

Begriffsbestimmung

Neu zugewandert im Sinne dieses Erlasses sind Schülerinnen und Schüler,

- die erstmals eine deutsche Schule besuchen und noch nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht zu folgen, oder
- die bei einem Wechsel der Schulstufe (von der Primarstufe zur Sekundarstufe I oder von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II) oder der Schule aufgrund ihrer kurzen Verweildauer in der abgehenden Schule die notwendigen Deutschkenntnisse noch nicht ausreichend haben erwerben können.“³

Es gilt diese neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler in für sie angemessenen Bildungsgängen unterzubringen, ihre Teilhabechancen zu verbessern und sie somit zu befähigen, einen Schulabschluss zu erwerben. So werden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Schülerinnen und Schüler perspektivisch einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und an der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft teilhaben.“⁴



2 Grundlagen und Verfahrensabläufe der zuständigen Akteure

2.1 Schulträger

„Es ist Aufgabe des Schulträgers, die vor Ort am Prozess Beteiligten in eine geeignete Organisations- und Kooperationsstruktur einzubinden und eine Seiteneinsteiger Erstberatung zu organisieren bzw. selbst einzurichten. Die Kommunalen Integrationszentren (KI) können dabei eine entscheidende Rolle übernehmen. Hinsichtlich der Strukturen ist den örtlichen Besonderheiten Rechnung zu tragen [...].

Unter Federführung des Kreises ist in kreisangehörigen Gemeinden dafür zu sorgen, dass für die Gemeinden eine Seiteneinsteigerberatung auf der Grundlage der o. g. Datenbasis, ggf. unter Einbindung der Kommunalen Integrationszentren, organisiert wird.

Themen und Aufgabenstellung der Beratung können sein:

- Aufklärung der Eltern zur Schulpflicht ihrer Kinder,
- Gespräch mit den Eltern zur schulischen und sprachlichen Vorbildung ihrer Kinder im Heimatland.“⁵

Die Aufnahme der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen an einer Schule sollte i.d.R. erst nach erfolgreicher Seiteneinsteigerberatung erfolgen.⁶ In Absprache mit dem Schulamt für den Kreis Steinfurt findet die Seiteneinsteiger-Erstberatung für Grund- und weiterführende Schulen zumindest in zeitlicher Nähe zur Aufnahme an einer Schule statt. Durch die SEb des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Steinfurt sollen die Kommunen bei der Umsetzung eines Beratungsangebots für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler unterstützt werden.

An dieser Stelle ist zu beachten, dass jede einzelne der insgesamt 24 Kommunen im Kreis Steinfurt bezüglich der ökonomischen Möglichkeiten, der finanziellen Lage und der sozialen Struktur unterschiedlich aufgestellt ist. Folglich hat jede Kommune bisher in heterogener Weise integrationsbezogene Strukturen, Konzepte und Maßnahmen ausgebildet. Im Implementierungsprozess der Seiteneinsteiger-Erstberatung im Jahr 2018 wurden diese regionalen Rahmenbedingungen mitbedacht, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

2.2 Schulleitungen

„Die Schulleitungen nehmen die im Rahmen der Absprachen ihrer Schule zugeordneten Schülerinnen und Schüler auf. Die Aufnahme sollte i. d. R. erst nach einer Seiteneinsteigerberatung erfolgen. Die Schulleitungen haben dabei u. a. folgende Aufgaben:

- Klassenbildung,
- Organisation der Förderung,
- Beschreibung des Personalbedarfs,
- Information der Eltern,
- Organisation von Betreuungsangeboten (z. B. im Rahmen des Ganztags),
- Gestaltung eines schulinternen und schulübergreifenden Übergangsmagements,

2.3 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigte

Neben einer allgemeinen Datenerfassung verfolgt die SEb im Kreis Steinfurt das Ziel, mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten und deren Kindern und Jugendlichen zu bildungsrelevanten Themen ins Gespräch zu kommen und sie somit auf den Schulalltag vorzubereiten. Der Aufbau des deutschen Schulsystems mit seinen Bildungschancen, aber auch die Rechte und Pflichten der SuS sollen in der Beratung thematisiert werden. So wird u.a. der Tatsache Rechnung getragen, dass einige SuS wenig oder keine Vorerfahrung mit einem Schulsystem haben bzw. das Schulsystem nur in einer gesellschaftlich, sozial und kulturell anders geprägten Form erlebt haben.

2.4 Bezirksregierung Dezernat 47, Schulamt für den Kreis Steinfurt

Die im Rahmen der SEb gesammelten Informationen werden in regelmäßigen Abständen an das Schulamt für den Kreis Steinfurt weitergeleitet werden, sofern die Zustimmung zur Datenweitergabe von den Erziehungsberechtigten gegeben bzw. unterschrieben wurde.

2.5 Schulzuweisung

Im Rahmen sogenannter regionaler Integrationskonferenzen sollen alle Beteiligten (Schulträger, Schulleitungen, die Schulaufsicht, ggf. Vertreter/innen des KI) u.a. „Planungen über konkrete Schulstandorte sowie Schulformen in Form einer Prioritätenliste vereinbaren, die gemeinsame Grundlage der weiteren Umsetzung sind.“⁷ Hier wird festgelegt, welche Schule die neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen aufnimmt und eine Erstförderung (in der Regel zwei Jahre⁸, 10-12 Stunden⁹) anbieten muss. Bei Grundschulkindern ist hinsichtlich der Schulzuweisung vor allem die Nähe zum Wohnort entscheidend, vorausgesetzt, dass der Schulträger keinen Schuleinzugsbereich gebildet hat.¹⁰

2.6 Aufnahme in den Schulen

„Die Bezirksregierung empfiehlt, die Schülerinnen und Schüler zur Erstförderung situationsbezogen in Regelklassen oder Klassen zur vorübergehenden Beschulung aufzunehmen.

Die Schulen sind auf der Basis der vereinbarten Standorte, Kapazitäten und Organisationsformen zur Aufnahme der Schülerinnen und Schüler verpflichtet.

1. In enger Kooperation entwickeln Schulamt und Schulträger unter Einbeziehung der Seiteneinsteigerberatung ein Zuordnungsverfahren, das die Aufnahme des Schulbesuchs der Kinder und Jugendlichen möglichst zeitnah zur Beratung garantiert. Bei der Zuweisung ist zu entscheiden, ob eine Beschulung zunächst in Vorbereitungsklassen oder direkt in Regelklassen erfolgt. In beiden Fällen ist für die Dauer der Erstförderung, die in der Regel einen Zeitraum von zwei Jahren nicht überschreiten soll, die Sprachförderung in Deutsch mit zehn bis zwölf Wochenstunden sicherzustellen.

2. Eine Entscheidung über die weitere Förderung der an der Schule aufgenommenen Schülerinnen und Schüler trifft die zuständige Klassenkonferenz.

3. Die neu aufgenommenen Schülerinnen und Schüler werden der Schulaufsichtsbehörde gemeldet, damit diese bei den Bedarfsberechnungen berücksichtigt werden können.“¹¹

In Anlehnung an das „Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern“ obliegt die Umsetzung der vereinbarten Planung innerhalb der regionalen Integrationskonferenzen und somit die Zuweisung der Kinder und Jugendlichen zu den jeweiligen Schulen letztendlich der Schulamtsgeneralistin/dem Schulamtsgeneralisten in enger Abstimmung mit dem Dezernat 47 und ggf. dem Dezernat 48.¹²

Das KI sieht seine Aufgabe im Hinblick auf Kinder und Jugendliche zwischen 6-18 Jahren im Bereich der Beratung und nicht in der Zuweisung der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen an Grund- und weiterführende Schulen. Diese Aufgabe liegt weiterhin in den Händen des Schulamtes für den Kreis bzw. die Bereitstellung geeigneter Plätze (vgl. Absprache im Rahmen der regionalen Integrationskonferenzen) bei den Kommunen.

Laut Runderlass gelten folgende Bestimmungen für berufsbildende Schulen:

„Neu zugewanderte Jugendliche, die gemäß §38 SchulG der Schulpflicht in der Sekundarstufe II unterliegen und noch nicht über die erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse für die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht in der Regelklasse in Bildungsgängen der Berufskollegs verfügen, werden in Internationalen Förderklassen (IFK) aufgenommen. [...]

Neu zugewanderte nicht mehr schulpflichtige junge Erwachsene, die gemäß § 22 Abs. 2 APO-BK Anlage A an Maßnahmen zur beruflichen Orientierung in die Bildungsgänge der Ausbildungsvorbereitung teilnehmen, können im Rahmen der personellen und sächlichen Voraussetzungen in die Bildungsgänge der Ausbildungsvorbereitung in Teilzeitform aufgenommen werden.“¹³

Im Kreis Steinfurt gibt es an den Standorten Steinfurt, Rheine und Ibbenbüren Berufsschulen, an die in Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster (in Fällen von Übergängen auch in Abstimmung mit der Schulaufsicht) vermittelt werden kann. Dabei spielt zum einen die Wohnortnähe eine Rolle, zum anderen die fachliche Ausrichtung der jeweiligen Berufsschule.

3 Rahmenbedingungen und Ablauf der Seiteneinsteiger Erstberatung (SEb)

3.1 Kontaktaufnahme Kommune – Kommunales Integrationszentrum des Kreises Steinfurt

Bei der Anmeldung der Familien mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in der jeweiligen Kommune werden diese Familien von den jeweiligen Anlaufstellen (z.B. Bürgerbüro, Einwohnermeldeamt, den Schulen oder sonstigen Beratungsstellen) über das Beratungsangebot des KIs des Kreises Steinfurt informiert. Nach erfolgter Schulplatzzuweisung durch das Schulamt für den Kreis meldet sich die zuständige Ansprechperson der Stadt bzw. Kommune online mittels eines Antragsformulars und eingetragener Daten zu der Familie beim Kommunalen Integrationszentrum. Im nächsten Schritt wird mit der Kommune unverbindlich ein Termin für die SEb vereinbart und im Anschluss eine Sprachmittlerin/ ein Sprachmittler des Sprachmittlerpools für diesen Termin angefragt. Nach Zustimmung des Sprachmittlerpools des Kommunalen Integrationszentrums bestätigt die KI- Kollegin in mündlicher oder schriftlicher Form den im Vorfeld bereits vereinbarten Termin für die SEb gegenüber der Ansprechperson der Stadt bzw. Kommune, so dass diese die Familie über den Termin rechtzeitig informieren kann. An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass der Termin i.d.R. binnen einer Woche nach Eingang des Anfrageformulars terminiert bzw. stattfinden sein sollte.

Die Stadt/ Kommune stellt für die jeweilige Beratung Räumlichkeiten zur Verfügung. Hierfür bieten sich Räume an, die eine entspannte Atmosphäre aufweisen und in denen insbesondere für die Kinder und Jugendlichen eine angenehme Gesprächssituation herrscht. Sämtliche für die SEb benötigten Materialien werden von den KI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Gesprächstermin mitgebracht und müssen deshalb nicht vor Ort gelagert werden.

3.2 Teilnehmer/innen der Seiteneinsteiger Erstberatung

Während der SEb sollten folgende Personen anwesend sein:

- die schulpflichtigen Kinder bzw. Jugendlichen
- die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten
- im Falle von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UmF) der Vormund
- eine Sprachmittlerin oder ein Sprachmittler
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KI

Für die SEb sind folgende Unterlagen mitzubringen:

- die Ausweisdokumente (Geburtsurkunde, Pass usw.)
- die Meldebescheinigung
- falls vorhanden: Zeugnisse

Die KI-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter achten darauf, während der SEb eine angenehme Atmosphäre für die Familien mit deren Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Neben einem freundlichen, wertschätzenden und offenen Umgang mit den Eltern und deren

Kindern und Jugendlichen händigt das KI den Familien Informationsmaterialien sowie ein Willkommensgeschenk aus.

3.3 Inhalte der Seiteneinsteiger-Erstberatung

Im Rahmen der SEb werden auf Datenerfassungsbögen (Kind/er, Eltern) die persönlichen Daten erfasst und allgemeine Informationen u.a. zur Erst- und ggf. Anschlussförderung sowie zum deutschen Schulsystem gegeben.

Zusätzlich können weitere Inhalte angesprochen werden:

- das deutsche Schulsystem (insbesondere in NRW)
- grundsätzliche Fragen zum Unterricht neu zugewanderter und geflüchteter Schüler und Schülerinnen
- Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sowie der Münsterlandkarte
- Informationen über das örtliche Angebot zum Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) und dem Anmeldeverfahren
- kostenlose/zusätzliche Bildungsangebote

Weiterhin soll mittels verschiedener Materialien ein erster Eindruck zu den schriftsprachlichen und mathematischen Fähigkeiten gewonnen werden.

Exemplarisch könnten folgende Informationsbroschüren zu unterschiedlichen Themen und Inhalten an die Familien weitergegeben werden:

- Informationsmaterial zum deutschen Schulsystem (in mehreren Sprachen vorhanden)
- Informationsbroschüre „Demokratie für mich. Ein Leitfaden für geflüchtete & einheimische Menschen“
- Informationsheft „Willkommen in NRW. Geschichten vom Ankommen in einer neuen Heimat. Für Kinder und Jugendliche ab 10 Jahren.“
- Informationsflyer „Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche“ des Jobcenters Kreis Steinfurt (mehrsprachig)
- Informationsbroschüre „Schwimmen lernen in der Schule“

3.4 Kontakt Kommunales Integrationszentrum des Kreises Steinfurt – Schule

Das KI sammelt im Rahmen der SEb wesentliche Personendaten und leitet diese unter Berücksichtigung der von den Eltern unterschriebenen Datenschutzerklärung im Anschluss an die aufnehmenden Schulen sowie in regelmäßigen Abständen an das Schulamt für den Kreis Steinfurt weiter. Zudem vereinbart die KI-Mitarbeiterin / der KI-Mitarbeiter mit der aufnehmenden Schule i.d.R. bereits im Vorfeld telefonisch einen Termin für das Schulaufnahmegespräch, der dann während der SEb an die Familien weitergegeben werden kann. Die Schulleitung oder zuständige Lehrperson wird über die Möglichkeit informiert, eine Sprachmittlerin bzw. einen Sprachmittler offiziell über das „Anfrageformular Sprachmittlerpool“¹⁴ des KIs für ihr eigenes Schulaufnahmegespräch anzufragen.

Das Schulaufnahmegespräch sollte zeitnah, in der Regel drei Tage nach der SEb in vorheriger Abstimmung mit der Schulleitung der aufnehmenden Schule, stattfinden. Wäh-

rend der Terminabsprache mit den Schulen im Vorfeld sollte darauf hingewiesen werden, den Termin für das Schulaufnahmegespräch nicht zu kurzfristig zu terminieren.

Sollte der Termin für das Aufnahmegespräch an der Schule zum Zeitpunkt der SEb noch nicht feststehen, bleibt den KI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern immer noch die Möglichkeit, am Ende der SEb direkt die betreffenden Schulleitungen anzurufen, um einen Termin für die Schulaufnahme zu vereinbaren. Zu diesem Termin könnte dann ggf. auch direkt die Sprachmittlerin/ der Sprachmittler angefragt werden, die/ der schon bei der SEb zugegen war.

Sollte der Termin zum Schulaufnahmegespräch nach der SEb immer noch offen sein, wird die Familie von der Stadt/ Kommune und deren Ansprechperson über diesen Termin in Kenntnis gesetzt.

3.5. Datenerfassung und Datenweitergabe

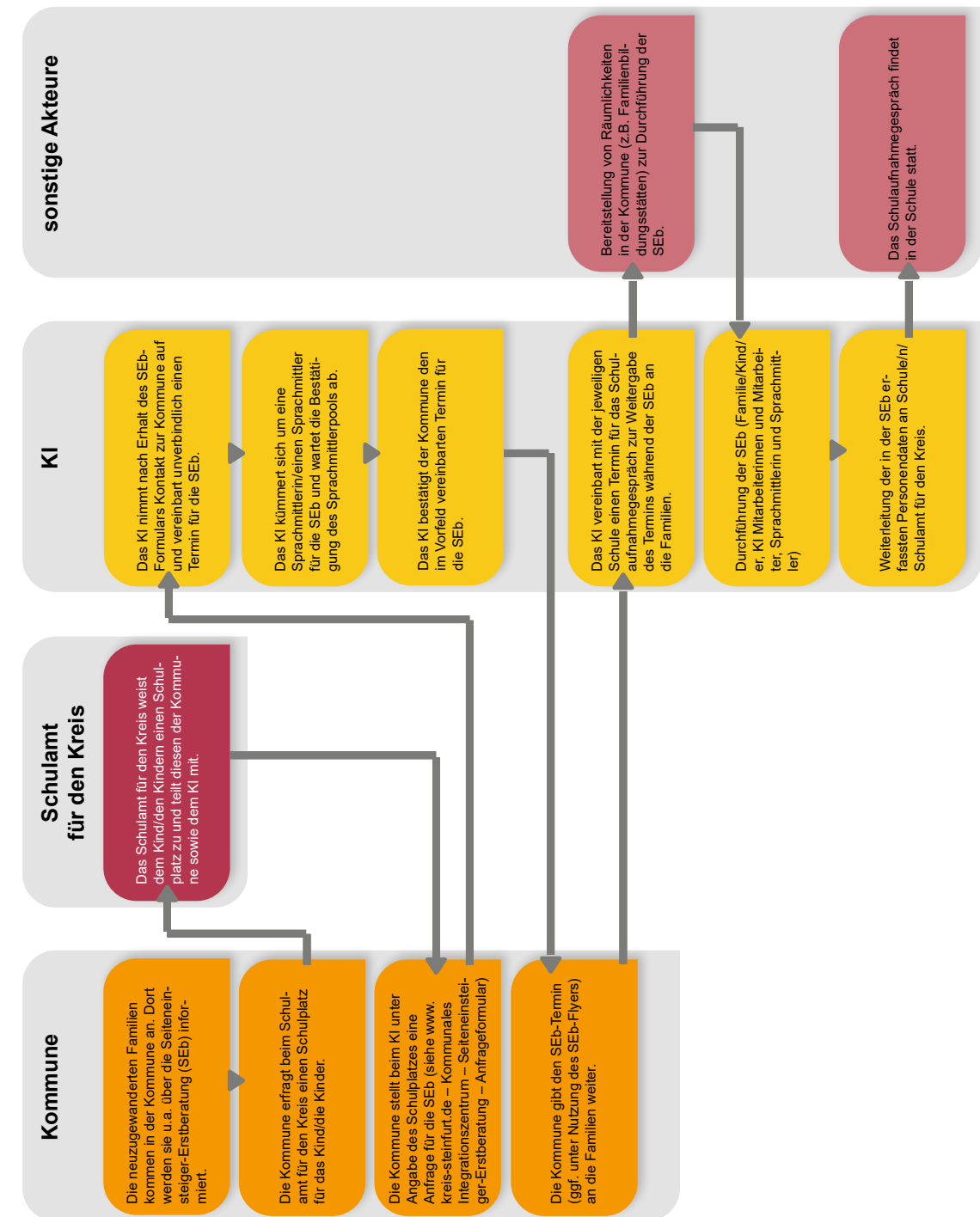
Die im Rahmen der SEb erfragten Personendaten werden im Anschluss an die SEb durch die KI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter an die jeweilige Schule per E-Mail unter Berücksichtigung der von den Eltern unterschriebenen Datenschutzerklärung weitergeleitet. An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass die E-Mail „automatisch verschlüsselt“ an die entsprechenden Stellen weitergeleitet wird. Zudem sollte eine Eingangsbestätigung seitens der Schulen angefragt werden mit dem Hinweis, dass die Personendaten nach Versand an die entsprechenden Stellen nicht archiviert und nicht länger als 1 Woche seitens des KIs aufbewahrt werden.

Das Schulamt für den Kreis Steinfurt erhält in regelmäßigen Abständen die ausgefüllten Datenerfassungsbögen der durchgeführten SEbs, die bis dahin stattgefunden haben.

Im Anschluss an die SEb müssen die Beratungsdaten anonymisiert in eine Statistik eingepflegt und regelmäßig aktualisiert werden.

Zur Veranschaulichung des gesamten Prozessablaufs dient die Grafik auf der folgenden Seite.

Seiteneinsteiger-Erstberatung (SEb) im Kreis Steinfurt – Ablauf



4 Zusammenfassung und Ausblick

Um den Integrationsprozess neu zugewanderter Schüler und Schülerinnen auch nach Aufnahme an einer Schule zu unterstützen, sollte in Kooperation mit anderen beratenden Instanzen (z.B. Schulsozialarbeiter, JMD) berücksichtigt werden, dass unter bestimmten Voraussetzungen Lernförderung über das Bildungs- und Teilhabepaket oder explizite Sprachfördermaßnahmen in Anspruch genommen werden können.

Das „Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern der Bezirksregierung Münster“ schreibt vor, dass Kinder und Jugendliche möglichst zeitnah zur Beratung an einer Schule aufgenommen werden müssen. „Die Erstförderung der neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler erfolgt situationsbezogen in Regelklassen oder Vorbereitungsklassen (siehe §§ 2.1, 2.2 und 2.3 des Bezugserlasses, Seite 9). [...] Das erlassgemäße Recht der Zuwandererkinder auf zehn bis zwölf Stunden Deutschförderunterricht in der Woche wird in Sprachfördergruppen in enger Verzahnung mit den Inhalten des Regelunterrichts durchgeführt.“¹⁵ Im Rahmen der Erstförderung sind die Kinder und Jugendlichen dann jedoch noch keine Schülerinnen und Schüler des Bildungsgangs.¹⁶ Erst nach Beendigung der Sprachförderung erfolgt im Rahmen der Klassenkonferenz die Entscheidung über den Übergang in einen schulformbezogenen Bildungsgang (u.a. Gymnasium, Realschule, Hauptschule usw.).¹⁷

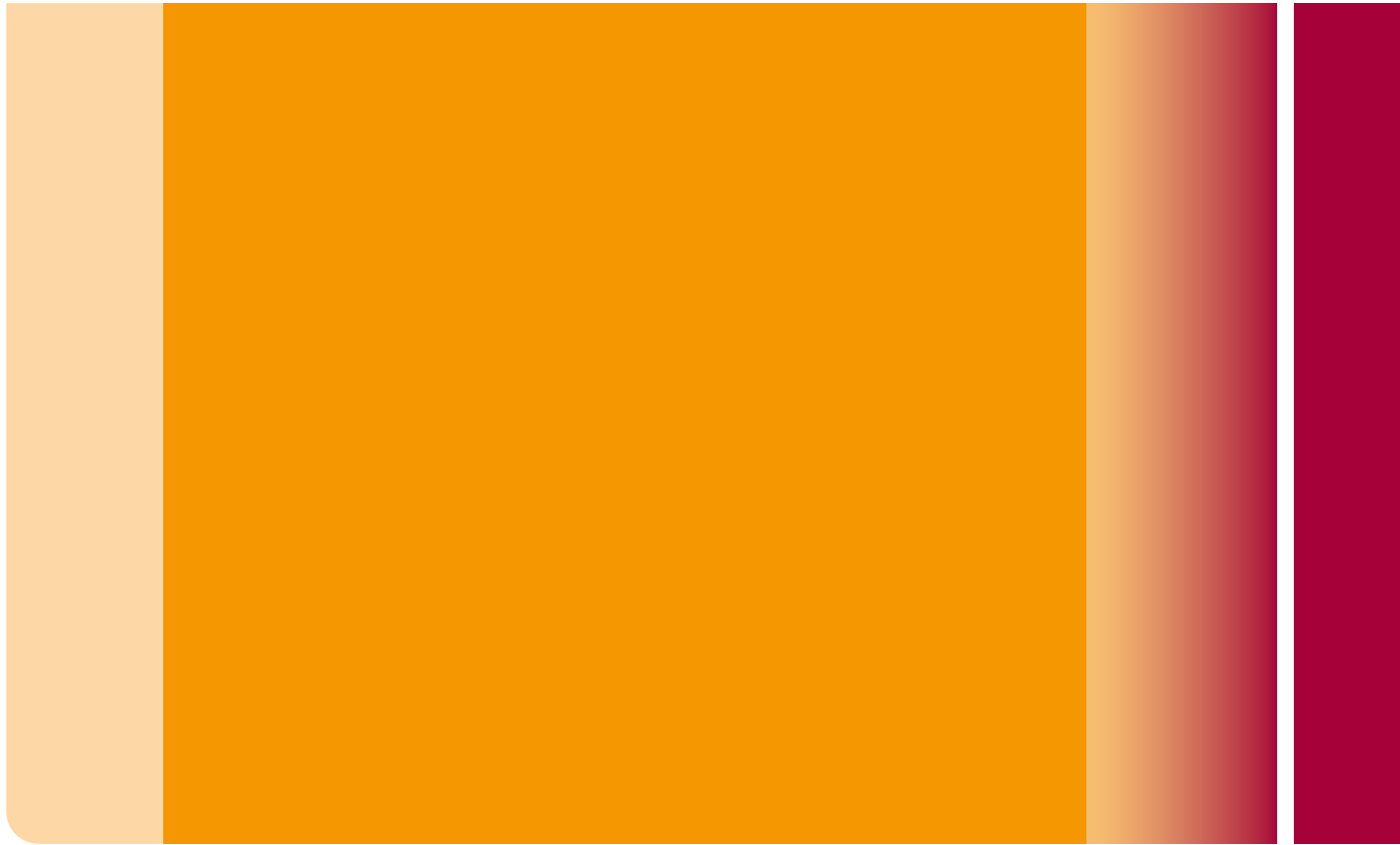
Das vorliegende Konzept zur Seiteneinsteiger-Erstberatung im Kreis Steinfurt ist an das „Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern (Stand 31.01.2019)“ angepasst und wird wie beschrieben umgesetzt. Dabei werden unterschiedlichen Bedarfe und Voraussetzungen der jeweiligen Kommune im Kreis berücksichtigt. Für Städte, Gemeinden und Schulen besteht seit Ende 2018 die Möglichkeit, das Beratungsangebot als Dienstleistung des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Steinfurt in Anspruch zu nehmen. Auswertungsgespräche mit den einzelnen Kommunen im Rahmen eines kooperativen Austausches und zur Weiterentwicklung der SEb sollen fortgesetzt werden.

5 Literaturverzeichnis

- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Integration durch Bildung, Maßnahmen und Initiativen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen für zugewanderte Kinder und Jugendliche
- Abteilung 4 der Bezirksregierung Münster (2019) Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern, Stand 31.01.2019
- Kreis Steinfurt. Der Landrat. Kommunales Integrationszentrum (Hrsg.), Integrationskonzept des Kreises Steinfurt 2017, Stand März 2017
- Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW-SchulG), (2015), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. Dezember 2016, Ritterbach Verlag
- [https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Kommunales%20Integrationszentrum/Sprachmittlerpool/Anfrageformular/\(Stand: 25.05.2020\)](https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Kommunales%20Integrationszentrum/Sprachmittlerpool/Anfrageformular/(Stand: 25.05.2020))

6 Quellenverzeichnis

- ¹ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Integration durch Bildung, Maßnahmen und Initiativen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen für zugewanderte Kinder und Jugendliche, S. 1
- ² Abteilung 4 der Bezirksregierung Münster (2019) Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern, Stand 31.01.2019, S. 14
- ³ Ebd. S. 9
- ⁴ Vgl. Kreis Steinfurt. Der Landrat. Kommunales Integrationszentrum (Hrsg.), Integrationskonzept des Kreises Steinfurt 2017, Stand März 2017, S. 22
- ⁵ Ebd. S. 14
- ⁶ Vgl. ebd. S. 14
- ⁷ Ebd. S. 17
- ⁸ Vgl. S. 3
- ⁹ Vgl. S. 20
- ¹⁰ Vgl. § 46 (3) Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, 2005, zuletzt geändert 2016
- ¹¹ Abteilung 4 der Bezirksregierung Münster (2019) Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern, Stand 31.01.2019, S. 19
- ¹² Vgl. Rahmenkonzept 2019, S. 17-18
- ¹³ ebd., S. 12
- ¹⁴ https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Kommunales%20Integrationszentrum/Sprachmittlerpool/Anfrageformular/ (Stand: 25.05.2020)
- ¹⁵ Vgl. Abteilung 4 der Bezirksregierung Münster (2019) Rahmenkonzept zur schulischen Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern, Stand 31.01.2019, S. 20
- ¹⁶ Vgl. ebd., S. 20.
- ¹⁷ Vgl. ebd., S. 20.



Herausgeber

Kreis Steinfurt | Der Landrat
Kommunales Integrationszentrum
Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt
Tel. 02551 69-0
www.kreis-steinfurt.de

Stand: Juli 2021